

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum

01.06.2010

Ausschussbetreuender Fachbereich

Frauenbüro/Gleichstellungsstelle

Schriftführung

Gitta Schablack

Telefon-Nr.

02202-142647

Niederschrift

**Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration,
Gleichstellung von Frau und Mann**

Sitzung am Donnerstag, 22.04.2010

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 19:21 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

A Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann am 23.02.2010 - öffentlicher Teil
0169/2010**
- 4 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**

- 5 **Mitteilungen des Bürgermeisters****

- 5.1 **Frauenpolitische Informationen****
0168/2010

- 6 **Handlungskonzept Wohnen RBK 2020****
0167/2010

- 7 **Beschluss zum konsolidierten Investitionsprogramm sowie der daraus resultierenden
Maßnahmen und Konzeptplanungen für das Projekt Stadt :gestalten im Rahmen
der Regionale 2010****
0192/2010

- 8 **Regionale 2010 - Projekt RegioGrün "Entlang der Strunde"****
0193/2010

- 9 **Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 09.11.2009 zur Offenlegung
der Pläne für die Umgestaltung der Stadtmitte von Bergisch Gladbach während der
Büroöffnungszeiten der Stadtverwaltung****
0191/2010

- 10 **Finanzplanung 2010****
- Unterstützungsantrag der Caritas
0119/2010

- 11 **Vorschlag für die Bestellung von Mitgliedern des Integrationsrates in die
Ausschüsse****
0113/2010

- 12 **Entsendung von Mitgliedern des Beirates für die Belange von Menschen mit
Behinderungen in verschiedene Ausschüsse****
0159/2010

- 13 **Anträge der Fraktionen****

- 14 **Anfragen der Ausschussmitglieder****

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende eröffnet die 3. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift wird genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann am 23.02.2010 - öffentlicher Teil 0169/2010

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

4. Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden

Die Vorsitzende macht keine Mitteilung.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Schmickler verliest ihm aus dem Fachbereich 5 zugegangene Mitteilungen, die der Niederschrift als *Anlage* beigelegt sind. Es handelt sich um folgende Themen:

1. Eröffnung eines neuen Möbellagers, Emmaus Second-Hand-Halle am Schlodderdicher Weg in Gronau
2. Neuwahl des Vorsitzes für den Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderungen
3. Arbeitsgelegenheiten
4. Notunterkunft Hoppersheider Busch 9 und 11

Abschließend bezieht sich Herr Schmickler auf die in der vergangenen Ausschusssitzung seitens einiger Ausschussmitglieder aufgegriffene Thematik „Ikea-Wohnhäuser“ und verweist auf einen in der Fachzeitschrift „Bauwelt“ erschienenen Artikel, der zusammenfassend zu dem Ergebnis komme, das Projekt sei ein sehr gut aufgezogener PR-Gag. Das Ikea-Wohnhaus sei laut dieser

Veröffentlichung nicht kostengünstiger als andere auf Kostenoptimierung ausgerichtete Wohnbaukonzepte. Eine Kopie des Artikels ist der Niederschrift als *Anlage* beigefügt.

Herr Waldschmidt bittet Herrn Schmickler, zu einer unter diesem Tagesordnungspunkt noch fehlenden Mitteilung Stellung zu nehmen, wonach Herr Schmickler und der Bürgermeister versucht hätten, Erschließungskosten über das Abwasserwerk rechtswidrig vorzufinanzieren. Bevor er zu einer diesbezüglich an ihn gerichteten Presseanfrage Stellung nehme, wolle er sich über den Sachstand informieren. Herr Schmickler berichtet ungeachtet der nach seiner Auffassung fehlenden Zuständigkeit des Ausschusses zwecks Diskussionsverkürzung, die von Herrn Waldschmidt gemachte Aussage sei nicht richtig. Es sei verwaltungsintern eine Lösung für eine erhebliches Problem geprüft worden, die letztlich verwaltungsintern durch das Rechnungsprüfungsamt als bedenklich angesehen und deshalb nicht weiter verfolgt wurde. Es seien keinerlei Aufträge nach draußen gegangen und keinerlei rechtswidrige Handlungen passiert. Es werde jetzt nach einer anderen von allen Beteiligten akzeptierten Lösung gesucht, die dann in den üblichen verwaltungsinternen Prüfumlauf gehe. Es bestehe das dringende Erfordernis, hier möglichst bald zu einer Lösung zu kommen.

5.1. Frauenpolitische Informationen

0168/2010

Frau Schundau fragt zu dem Artikel bezüglich der Frauenhäuser, in dem berichtet wird, der Tagessatz für Hartz-IV-Empfängerinnen werde übernommen, wohingegen andere Zufluchtsuchende selbst zahlen müssten, welche Kosten pro Tag anfallen und ob wegen fehlenden Geldes eine Aufnahme schon einmal verwehrt werden musste. Frau Fahner kündigt eine schriftliche Beantwortung der Frage an (*Anlage*).

Frau Bischoff bittet um Information, ob es bei Vorliegen entsprechender Statistiken grundsätzlich möglich sei, einen Verweis auf die Situation in Bergisch Gladbach herzustellen, so z.B. zu den Themen „Bedeutung des weiblichen Familieneinkommens wächst“ oder „40 % aller Hartz-IV-Empfänger sind alleinerziehende Frauen“. Solche Zusatzinformationen könnten für einige Planungen wertvoll sein. Frau Fahner berichtet, dass die frauenpolitischen Informationen das Ziel verfolgten, dem Ausschuss als Fachausschuss die aktuelle Diskussion zu frauenpolitischen Themen und neue rechtliche Entwicklungen vorzustellen, losgelöst von der Situation in Bergisch Gladbach. Gerne könne aber auf Nachfrage zu Einzelthemen die Darstellung der Situation in Bergisch Gladbach präsentiert werden.

Auch Herr Dr. Bernhauser hält Kommentierungen für Bergisch Gladbach für sinnvoll, so sei zu dem Artikel „Betreuungsgeld für Mütter und Väter zweitrangig“ erstrangig die Betreuung und die Flexibilität der Betreuungszeiten interessant. Das Jugendamt Bergisch Gladbach führe u.a. hierzu regelmäßige Elternbefragungen durch, aus denen sich auch der Grad der Zufriedenheit der Eltern ergebe. Dieses Ergebnis sei im Zusammenhang mit dem Artikel interessant. Zu dem Artikel „Anspruch der KiTa nicht einlösbar“ sei die Zusatzinformation wissenswert, dass Bergisch Gladbach nicht zu den zehn Kommunen gehöre, die beim Landesverfassungsgericht in Münster Verfassungsbeschwerde gegen das KiFöG eingelegt haben, das die Verpflichtung zur Bereitstellung von Plätzen für 30 % aller unter 3-Jährigen ab Mitte 2013 festlege. Auf der Grundlage solcher Informationen werde es der Politik ermöglicht, die frauenpolitische Landschaft in Bergisch Gladbach zu beobachten und gegebenenfalls mitzusteuern bzw. gegenzusteuern. Frau Schneider freut sich darüber, dass wie im früheren Gleichstellungsausschuss die allgemeinen Informationen als mögliche Grundlage für Bergisch Gladbach betreffende Fragestellungen erkennbar würden. Im Übrigen nehmen die Ausschussmitglieder die Vorlage zur Kenntnis.

6. Handlungskonzept Wohnen RBK 2020 *0167/2010*

Die Vorsitzende erteilt Frau Schundau das Wort, die eine der Aussagen des Handlungskonzeptes hervorhebt, dass Bergisch Gladbach als attraktiver Wohn- und Lebensort und als Wirtschaftsstandort wichtig ist. Die Weiterentwicklung dieser weichen Standortfaktoren sei folglich von ganz entscheidender Bedeutung für die Arbeit zur Stadtentwicklung, damit dann z.B. geeignete Firmen eingebunden werden könnten, d.h. in der Planung solle darauf geachtet werden, dass die Stadt neben anderen Kriterien auch lebenswert erhalten werde. Ferner sei es ihr wichtig, Wohnen und Wohnumfeld dem Bedarf entsprechend in einer guten Mischung alters- und familiengerecht zu planen.

Frau Kreft lobt den Ansatz des Konzeptes, in dem das Thema „Wohnen im Alter“ neben anderen ein wichtiger Punkt sei, andererseits sei aufgefallen, dass in dem Konzept die männliche Sprache gewählt worden sei. Sie bittet die Person, die die Stadt im Kreis vertrete darauf hinzuwirken, dass auf eine gendergemäße Formulierung geachtet werde.

Herr Dr. Bernhauser hebt hervor, dieses Projekt sei vor allem durch die Zuwendungen privater Sponsoren zustande gekommen, denen hier besonders zu danken sei, dies seien die Bensberger Bank, Haus und Grund, die Kreissparkasse, die Raiffeisenbank, die Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft und andere. Des Weiteren bittet er darum, den bislang als elektronische Datei zur Verfügung gestellten Bericht mit weit über 100 Seiten und mit farblichen Grafiken in Form einer Druckfassung als Arbeitspapier anzubieten, nicht jede/r habe einen qualitativ ausreichenden Drucker zuhause. Außerdem sei ihm wichtig, dass bei den einzurichtenden Projektgruppen wie „Wohnen im Alter“ auch die Politik mitarbeiten könne vor dem Hintergrund, dass es sich hier um für die künftige Entwicklung der Stadt ganz wesentliche Themen handele. Die Steuerung der Wohnraumgestaltung und damit der Infrastruktur der Stadt solle nicht nur Experten überlassen werden.

Die Vorsitzende schließt sich dem Beitrag von Herrn Dr. Bernhauser an und schlägt vor, gegebenenfalls den Bericht der Niederschrift beizufügen.

Frau Schöttler-Fuchs regt an darauf hinzuwirken, das Projekt und insbesondere die weitere gutachterliche Begleitung aus der von der Stadt gezahlten Kreisumlage zu finanzieren, der Kreis als Initiator sei nach ihrer Auffassung in der Verpflichtung, die Weiterentwicklung nicht nur über Sponsorengelder sicherzustellen.

Herr Dr. Karich schließt sich der Auffassung von Herrn Dr. Bernhauser an, die Entwicklung der Stadt neben den Steuerungsgruppen und den Experten auch den in Bergisch Gladbach lebenden Menschen zu überlassen. Er möchte wissen, wieso angesichts in Verwaltung und Politik bereits vorhandener Funktionen diese Art der Aktivität überhaupt notwendig sei und welche zeitlichen Vorstellungen gegeben seien.

Herr Pick führt aus, dass für den Aspekt des altersgerechten Wohnens der Blick auch auf die entsprechende Infrastruktur zu richten sei, die sicherstelle, dass sich ältere Menschen in ihrem direkten Umfeld selbst versorgen könnten.

Frau Schneider regt an, das Handlungsfeld Familie in das Konzept einzufügen, weil Bergisch Gladbach familienfreundlichste Stadt in Nordrhein-Westfalen werden wolle.

Frau Dr. Werheit greift zunächst die Bitte von Herrn Dr. Bernhauser auf, den Bericht auch als Druckfassung zu übermitteln. Neben der bereits den Fraktionen u.a. als Powerpointpräsentation zur Verfügung gestellten Fassung erwarte die Politik noch ein sehr ausführlicher Bericht, der als Textfassung zur Verfügung gestellt werde. Im Laufe des gesamten Stadtentwicklungsprozesses auf städtischer Ebene werde es eine Fülle an interessanten Informationen geben, wobei der Druck, insbesondere in Farbe, sehr schnell zu teuer werde. So habe der Druck des Bericht zum Einzelhandelskonzept durch die in diesem Fall günstigere externe Druckerei 12 € je Exemplar gekostet. Über den Weg der Dateiversendung sei die Möglichkeit des Ausdruckes - bei Bedarf auch nur von Teilausschnitten - gegeben, andererseits auch eine Reduzierung der Druckkosten. Vielleicht finde sich ja noch eine weitere Lösung, z.B. Einzelexemplare zur Verfügung zu stellen.

Frau Dr. Werheit kündigt an, die Bitte von Frau Kreft, die Genderformulierung zu beachten, an den Kreis weiterzugeben und selbst mit darauf zu achten.

Mit dem von mehreren Ausschussmitgliedern gewünschten Handlungsfeld Familie solle sich vor allem auf kommunaler Ebene beschäftigt werden, weshalb das Thema auf Kreisebene nicht so stark erörtert worden sei. Indirekt finde sich die Thematik Familienfreundlichkeit aber auch in den Handlungsbereichen wieder. Bei der Schaffung eines familienfreundlichen Umfelds könnten die Kommunen sich möglicherweise gegenseitig darin unterstützen, wie das Thema vorangetrieben werden solle. Im Rahmen des Stadtentwicklungskonzepts werde die Festlegung von Rahmenbedingungen für eine familienfreundliche Kommune ein wichtiges Thema sein. Das Thema alters- und familiengerechtes Wohnen und Wohnumfeldbedingungen, zu dem auch die Frage der Infrastrukturen zähle, sehe sie unter dem Thema der generationengerechten Stadt.

Auf die zuvor von Herrn Dr. Karich geäußerte Nachfrage stellt Frau Dr. Werheit dar, dass beabsichtigt sei, pro Jahr ein bis zwei vertiefte Themen zu behandeln, im kommenden Jahr zunächst das Thema Wohnen im Alter inklusive der Definition von anzustoßenden Projekten. Auf der anderen Seite stehe das längerfristige Projekt der Wohnungsmarktbeobachtung an, zu dem sehr viel Grundlagenarbeit erforderlich sei. Insgesamt sei festzustellen, dass die Zahlen gerade im Bereich der demografischen Entwicklung in den Prognosen abweichen. Hierzu seien fundiertere Grundlagen erforderlich. Die zeitliche Perspektive für den ganzen Prozess - angehängt an den Prozess RBK 2020 des Rheinisch-Bergischen Kreises – sei das Jahr 2020. Mit Freude nimmt Frau Dr. Werheit den von Herrn Dr. Bernhauser und Herrn Dr. Karich geäußerten Wunsch nach Beteiligung der politischen Vertretungen auf, die sie im Vorfeld sehr stark angeregt habe. Leider wäre das Interesse seitens der örtlichen Politik bislang gering gewesen. Möglicherweise wäre die Bedeutung des Projektes bisher nicht so bekannt gewesen. Sie werde das Anliegen erneut mit in die Diskussion nehmen, weil die Politik die gesamte Thematik mittrage und auch ihr Wissen in den Prozess mit einbringen solle.

Zur Finanzierung berichtet Frau Dr. Werheit über die Notwendigkeit, auf fundierte Grundlagen zugreifen zu können, gerade zur Thematik der Wohnungsmarktbeobachtung. Dies erfordere zusätzliche personelle Kapazitäten, die in Bergisch Gladbach wie auch in anderen zum Teil ebenfalls im Nothaushalt befindlichen Kommunen möglicherweise nicht geschaffen werden könnten. So müsse die organisatorische Umsetzung weiter diskutiert werden. Sie habe angeregt, möglicherweise auf Landesebene - notfalls zeitlich befristet - Fördermittel zu bekommen, weil das Land an der Umsetzung regionaler Handlungskonzepte interessiert sei. Der Rheinisch-Bergische Kreis sei hier Vorreiter.

Herr Schmickler bekräftigt diese Aussage, weil das Land die Entwicklung solcher Konzepte empfehle und aufgrund der Entwicklung des Handlungskonzepts Wohnen bereits bestimmte Projekte gefördert worden seien. Das Nichtvorliegen eines solchen Konzepts werde nach einer Ankündigung des Landes in Zukunft von Nachteil sein, weil die Wohnungsbauförderung stärker als bisher daran orientiert werde, ob sie in die gesamte Struktur der Region passe. Eben dieses müsse über ein solches Konzept dokumentiert und nachgewiesen werden. Insofern werde eine in der Zukunft entscheidende Voraussetzung geschaffen, dass es überhaupt noch Wohnungsbauförderung in breiterem Rahmen in Bergisch Gladbach gebe, deshalb müsse man in diesem Bereich mit professioneller Qualität weiter tätig sein. Er sei dem Kreis und den Unterstützern für das bislang Geleistete dankbar.

Frau Fahner wirbt noch einmal dafür, das Handlungsfeld Familienfreundlichkeit als eigenes Thema aufzunehmen, nicht nur wegen des Ziels „Familienfreundlichste Stadt“ sei es eins der Zukunftsthemen. Einerseits sei die Steigerung der Attraktivität von Bergisch Gladbach für Familien mit Kindern eine Aufgaben. Andererseits gebe es die Zunahme an älteren Menschen und damit auch die Problematik der Versorgung der Eltern für die mittlere Generation. Der Heimplatz sei sicher nicht mehr die einzige Alternative, die alte Menschen und auch Familien für ihre Eltern wünschten. Deswegen sei hier ein besonderer Schwerpunkt in den Handlungsfeldern zu setzen.

Auf erneute Nachfrage von Frau Schöttler-Fuchs berichtet Frau Dr. Werheit, man sei hinsichtlich der Finanzierung des Gutachtens aktuell noch in der Diskussion. Sie stellt klar, die Finanzierung des vorliegenden Gutachtens sei zur Hälfte über die Kommunen und den Kreis erfolgt und die andere Hälfte über die Sponsoren. Wegen des erheblichen Kostenanfalls könne sie nachvollziehen, dass diese nicht alleine vom Kreis getragen werden könnten. Vor diesem Hintergrund habe sie angeregt,

weitere Finanzierungsoptionen zu prüfen. Vom Grundsatz her habe natürlich in erster Linie der Kreis ein Interesse, andererseits profitierten auch Kommunen selbst von diesem Prozess. Auf den Beitrag von Frau Fahner zurückkommend sehe sie Familienfreundlichkeit als zentrales Thema, allerdings nicht zwingend auf der Ebene des Kreises, sondern zunächst als städtische Aufgabe.

Herr Dr. Bernhauser folgert aus den bisherigen Beiträgen, dass sich die Ausschussmitglieder mit diesem Thema auseinandersetzen und es in ihre politische Steuerung einbeziehen wollten. Er bitte die Verwaltung dafür zu sorgen, entsprechende Mitgestaltungsmöglichkeiten beim weiteren Projektverlauf vorgestellt und eingeräumt zu bekommen.

Frau Schmidt-Bolzmann berichtet, es sei der Eindruck entstanden der Bildung eines Overheads aus Kreis, Dezernenten u.a. entstanden und dass zum guten Schluss vor Ort außer einem theoretischen Gebilde nichts dabei herauskomme. Es werde eine breitere Beteiligung gewünscht.

Abschließend berichtet Frau Dr. Werheit auf Nachfrage von Frau Holtzmann, dass der zeitliche Ablauf noch nicht detailliert feststehe. Die Gremien seien in Aufbau und Aufgabenstellung noch zu definieren. Zunächst seien die Themen für das erste Jahr festgelegt worden. Die Ausschussmitglieder würden über weitere Entwicklungen über entsprechende Einladungen, zunächst noch über den Kreis als Geschäftsstelle, informiert.

7. **Beschluss zum konsolidierten Investitionsprogramm sowie der daraus resultierenden Maßnahmen und Konzeptplanungen für das Projekt Stadt :gestalten im Rahmen der Regionale 2010**
0192/2010

Die Vorsitzende gibt Frau Müller-Veit das Wort, die anhand einer Präsentation das konsolidierte Konzept vorstellt. Sie berichtet unter Bezugnahme auch auf ihren Vortrag in der vergangenen Sitzung, dass aufgrund der Nothaushaltssituation das ursprünglich für das Regionaleprojekt angesetzte Gesamtvolumen in Höhe 15,6 Millionen auf ein Gesamtvolumen von 11,1 Millionen reduziert werden musste. Zurzeit werde unter noch nicht eingetretenen Voraussetzungen gearbeitet, allerdings gehe man von der Ankündigung des Landes aus, dass im Nothaushalt befindliche Kommunen eine erhöhte Förderung von jetzt

70 % auf zukünftig 90 % erhielten, womit es vorliegend bei einer Gesamtförderung von 10 Millionen € bleiben würde. Der städtische Eigenanteil sei im Haushalt mit 300.000 € jährlich auch bereits im Rat beschlossen.

Durch die Mittelreduzierung sei die geplante Verkehrsspanne - vom Driescher Kreuz bis zur Ecke Odenthaler Straße/Hauptstraße, auf der ganzen Länge ampelfrei, fließend geschwindigkeitsreduziert und mit Wendemöglichkeiten an allen Kreuzungspunkten befahrbar - zurzeit im Haushalt nicht darstellbar, weshalb die Verwaltung vorschlage, die Ausführung der Verkehrsspanne auszusetzen. Man hoffe auf die Möglichkeit, das innovative Konzept in wirtschaftlich besseren Zeiten umzusetzen.

Auch bezüglich der Schaffung von Ersatz für die im Innenbereich der Buchmühle wegfallenden Stellplätze schlage die Verwaltung vor, den gefassten Beschlusses auszusetzen, zumindest auf Teile zu verzichten. Wegen des Wegfalls der Verkehrsspanne und damit verbunden auch des Kreisverkehrs im Stadteingang Süd werde der Verzicht auf Maßnahmen auf dem Parkdeck Schnabelsmühle vorgeschlagen. Als Ergebnis der Akteurs- und Bürgerbeteiligungen werde vorgeschlagen, einen Teil der Stellplätze in der Buchmühle ebenerdig als Konzentration hinter dem Gebäude der alten Realschule an der Odenthaler Straße zu belassen sowie die Erweiterung der Tiefgarage des Bergischen Löwen in östlicher Richtung mit einem direkten Zugang in die Fußgängerzone durchzuführen. Hieraus ergebe sich ein Volumen von ungefähr 140 Stellplätzen, es verbleibe eine Lücke von etwa 60-80 Stellplätzen, um deren Akzeptanz gebeten werde. Möglicherweise ergäben sich beispielsweise nach dem Wegfall der Verbindung von der Tiefgarage auf das Parkdeck Schnabelsmühle dort noch weitere Parkplätze.

Von den Einsparungen und Kürzungen betroffen seien Maßnahmen außerhalb des wirklich wichtigen Kernprojekts wie Wegeverbindungen und Sichtbeziehungen zu den Bergen. So müsse auf die Herstellung einer Wegeverbindung auf das Gelände der Kalköfen Cox verzichtet werden, auf Maßnahmen im Bereich der Kalkstraße und Neuanlage des Platzes vor dem Stadthaus, möglicherweise auch auf die Herstellung der Stadteingänge Süd und Ost. Auch der Fuß- und Radweg durch die Hammermühle werde nicht erstellt und die Planungen auf dem Gelände der alten Feuerwache seien nicht leistbar. Außerdem sei im gesamten Bereich der Wettbewerbe West und Ost sowie bei den Querschnittskosten Öffentlichkeitsarbeit eine Pauschalkürzung vorzunehmen. Frau Müller-Veit stellt die nach Vorstellung dieses Konzepts vom Beirat als beratendes Gremium formulierten Empfehlungen dar. Die Konsolidierung, also die Zurückführung auf die wichtigen Punkte, wurde begrüßt. Der Beirat bedauere zwar den Wegfall der innovativen Verkehrsachse, akzeptiere aber, dass diese Straße nicht zum Regionaleprojekt gehöre und trage auch die weiteren Einsparungen sowie die pauschalen Kürzungen in den beiden Wettbewerbsgebieten mit. Oberste Priorität habe dabei das Ankommen, d.h. Bahnhofsumfeld, und die Offenlage der Strunde. Als Priorität „1 b“ werde genannt die Ertüchtigung der öffentlichen Räume, die Stadteingänge, die Fußgängerzone, aber auch die Stadtkante. Der Beirat habe auch zur Kenntnis genommen, dass auf das Initialprojekt Kultur in städtischer Trägerschaft zugunsten der Stabilität der vorhandenen Einrichtungen verzichtet werde. Im Rahmen der Diskussion im Bereich Ost unterstütze der Beirat auch das Einbeziehen eines Stücks Fußgängerzone im Geschäftsbereich, wo es um funktionale Mängel gehe, um auch hier einen Anschluss an die positive Entwicklung zu ermöglichen. Frau Müller-Veit kündigt an, die Empfehlungen aus dem Protokoll der Beiratssitzung als Anlage zur Niederschrift zur Verfügung zu stellen.

Sie betont, dass sich alle dargestellten umsetzbaren Kernmaßnahmen auf öffentlichem Raum befinden. Sie berichtet weiter, ein Wunsch aus der Akteursbeteiligung sei eine Straßenverbindung vom Fronhof zum Parkplatz Buchmühle gewesen. Hinsichtlich der anvisierten ebenerdigen Parkplatzsituation an der alten Realschule weist Frau Müller-Veit ergänzend darauf hin, dass die wertvollsten Bäume stehen gelassen werden. Für die Erweiterung der Tiefgarage Bergischer Löwe werde nach einem privaten Investor gesucht, der die Tiefgarage auch übernehme und betreibe. Die Wirtschaftlichkeit eines städtischen Bauvorhabens Tiefgarage werde noch geprüft.

Herr Waldschmidt sieht für die SPD-Fraktion die Notwendigkeit, das Regionaleprojekt zu konsolidieren, es werde aber Wert auf die Tatsache gelegt, dass die SPD-Fraktion hierin lediglich eine Priorisierung sehe, d.h. dass die Planung insbesondere auch der Verkehrsspanne lediglich verschoben, aber nicht aufgehoben sei und später weiter verfolgt werden solle. Er bittet die Verwaltung zu prüfen, ob in diesem Straßenverlauf Verbesserungen auch mit geringen Aufwendungen vorgenommen werden könnten. Er denke insbesondere an die Wendemöglichkeiten etwa in Höhe der Einfahrt zum M-real-/Zandersgelände und an der Schnabelmühle. Entsprechende Maßnahmen halte er für dringend erforderlich.

Zur Parkplatzsituation in der Buchmühle sei die SPD-Fraktion der Auffassung, dass zugunsten des Baumbestandes nur die ebenfalls vorgelegte Variante mit einem Parkbereich halb über der Erde und einem halb unter der Erde zum Tragen kommen könne.

Hinsichtlich der im Rahmen der Akteursbeteiligung gewünschten Verbindungsstraße vom Fronhof zur alten Realschule sei es wohl ein Schildbürgerstreich, durch einen Park eine Autostraße zu legen, die dann auch den Rosengarten vom anderen Parkgelände abtrennen würde. Auch der Beirat habe signalisiert, dass er das so nicht mittragen werde. Zur Tiefgarage Bergischer Löwe führt Herr Waldschmidt auch für seine Fraktion aus, städtebaulich sei es die beste Lösung, Stellplätze unter der Erde zu erstellen. Hinsichtlich der Finanzierbarkeit gebe es zu den beiden Betreibervarianten aber noch den im Arbeitskreis schon dargestellten Klärungsbedarf. Herr Waldschmidt erhebt eine vorgeschlagene und zum Schluss dieses Tagesordnungspunktes aufgeführte Umformulierung von Ziffer 2 des Beschlussvorschlages zum Änderungsantrag.

Für die Die LINKE. (mit BfBB) lehnt Herr Bierganns den Konsolidierungsvorschlag grundsätzlich ab, was er damit begründet, dass das Geld besser in die Renovierung von Schulen, Straßen und Kindergärten investiert wäre.

Herr Dr. Bernhauser hält angesichts der Sparzwänge zunächst die Aussetzung der Verkehrsführung zwischen Gohrsmühle, Schnabelsmühle und Hauptstraße für richtig im Hinblick darauf, dass bei vorliegendem Handlungsbedarf und zukünftig möglicherweise verbesserter Finanzsituation die Pläne weiter genutzt werden könnten. Hinsichtlich des Beschlussvorschlags 2 der Verwaltung könne die Frage des Parkdecks Schnabelsmühle noch offen bleiben. Es müsse auch noch das Gelände Alte Feuerwache in die Suche nach Ersatzparkplätzen mit einbezogen werden. Zur beabsichtigten Belegung der Innenstadt seien Parkmöglichkeiten sehr wichtig.

Herr Dr. Bernhauser kündigt einen nach Vorliegen der Stellungnahme der Verwaltung in der kommenden Sitzung dieses Ausschusses zu beratenden schriftlichen Antrag an, bei der Sanierung der Fußgängerzone die Pflasterung am Konrad-Adenauer-Platz bis an das Rathaus heranzuführen und dadurch in Sicht und Wege der Bürger/-innen einzubinden. Die Durchfahrt für Pkw solle nach wie vor bestehen bleiben. Die CDU-Fraktion bittet die Verwaltung, sich jetzt schon darauf einzustellen, dass sie diesen Antrag gerne mit in die Maßnahme hinein nehmen würde. Ansonsten könne das hier Diskutierte mit getragen werden mit Ausnahme des Beitrages von Herr Bierganns, denn die 90 %ige Förderung der Regionalen könne nicht in die Schulen gesteckt werden, vielmehr sei der Betrag dann verfallen. Frau Kreft heißt den gestellten CDU-Antrag gut und regt an, in der Stellungnahme der Verwaltung auch die für die Erstellung von befahrbarem Pflaster vor dem Rathaus entstehenden Kosten zu beziffern.

Herr Dr. Karich teilt für die FDP-Fraktion die von Herrn Dr. Bernhauser geäußerte Sorge, dass sich die Parkplatz- und dadurch die Wettbewerbssituation in der Stadt verschlechtern könne. In Anbetracht der minimalen Aufwendungen der Stadt sei es aber eine Sternstunde, wenn dieses Projekt tatsächlich realisiert werden sollte, weshalb die FDP dem zustimme. Es sei deutlich geworden, dass die Planer sehr aktiv sein werden, ein Optimum herauszuarbeiten.

Unklar sei noch die Stellplatzsituation für Fahrräder am Bahnhof. Weil die Fahrradstation nicht so komme wie geplant, sollten geordnete Abstellmöglichkeiten in der Größenordnung von 100 bis 200 Fahrräder geschaffen werden. Gerade in Anbetracht dieses Finanzierungsmodells sei es aber extrem wichtig ist, dass der Kostenrahmen eingehalten werde, weil zusätzliche Kosten auf die Stadt zurückfielen.

Zurückkommend auf den Vortrag von Herrn Waldschmidt drückt Frau Schundau ihre Verärgerung darüber aus, bei der Planung des Parks dort gleichzeitig eine Straße durchzulegen. Es werde nicht nur der Rosengarten völlig abgeschnitten, sondern auch eine Grundschule, deren Schüler und Schülerinnen von Lärmbelästigung und Emissionen betroffen wären, dies angesichts des Ziels einer kinderfreundlichen Stadt. Betreffend die Parkmöglichkeit an der alten Realschule würde Frau Schundau angesichts der klimatischen Bedingungen die Erhaltung von Bäumen einem Optimum an Parkplätzen vorziehen.

Sie weist des Weiteren darauf hin, dass bei späterer Beseitigung der Kreiner Wand die Erfüllung des für allgemeines Wohnen erforderlichen Lärmschutzes große Probleme mit sich bringen würde. Zur Tiefgarage Bergischer Löwe könne vor Kenntnis des Wirtschaftlichkeitsberichts kein Entschluss gefasst werden.

Herr Schlaghecken sieht in der Vorhaltung einer ausreichenden Anzahl von Parkplätzen eine Notwendigkeit für die Obere Hauptstraße und den Wochenmarkt. Mit den dargestellten Maßnahmen werde dieses Ziel offensichtlich nicht erreicht. Er bittet auch den Ausfall der wegfallenden Parkplätze an der Buchmühle im städtischen Haushalt zu überdenken. Die Straßenverbindung vom Fronhofplatz zur alten Realschule werde jedoch den Zugang zu den Parkmöglichkeiten vereinfachen, ohne die Umwelt zu stark zu belasten. Es sei ihm daran gelegen, dass nach Lösungen zur Umsetzung dieser Straßenverbindung gesucht werde.

Herr Schmickler stellt zur Vermeidung von Missverständnissen klar, dass wenn es hinsichtlich der Tiefgarage Bergischer Löwe zu einer Lösung mit einem privaten Investor kommen werde, dann ein entsprechender Kauf- oder Pachtpreis zu zahlen sei. Was die Parkplätze an der Buchmühle angehe, haben die Stadt sie vor ein paar Jahren erweitert, obwohl es auch damals schon dieselben Diskussionen wie heute gegeben habe. Fairerweise müsse man die Erweiterung aus dem bisherigen Volumen der zu ersetzenden Parkplätze rausrechnen. Des Weiteren müsse infolge der

Hochwasserschutzmaßnahmen der ohnehin nur sehr gering genutzte Fußgängertunnel unter der großen Kreuzung Schnabelsmühle aufgegeben werden. Das Loch des Rampenbauwerks sei im Rahmen der Maßnahme preiswert auffüllbar und als Erweiterung des Parkplatzes nutzbar. Die große Parkplatzuntersuchung vor ein oder zwei Jahren habe im übrigen aufgezeigt, dass der überwiegende Teil der Personen, die in der Buchmühle parkten, eben nicht in die obere Hauptstraße gingen, sondern in den westlichen Teil der Fußgängerzone.

Herr Dr. Bernhauser merkt an, dass es jedenfalls zum Wegfall von ca. 60 Parkplätzen kommen werde. Umso wichtiger sei die Einführung eines Parkleitsystems im gleichen Zug, damit die voraussichtlich ausreichenden Parkplätze rechtzeitig zugewiesen werden könnten, was auch ökologisch sinnvoll sei.

Herr Waldschmidt führt aus, dass angesichts des von Herrn Dr. Bernhauser hat für erforderlich erklärten begleitenden Parkleitsystems die Straßenverbindung Fronhofplatz/an der alten Realschule überflüssig sei, weil dann schon vorab gezeigt werde, ob Parkplätze auf der Buchmühle vorhanden seien und welche Ausweichmöglichkeiten es im Bedarfsfall gibt. Die angesprochene Untersuchungen der Parkplatzsituation habe im übrigen gezeigt, dass es kein Parkplatzproblem, sondern lediglich an den Markttagen am Samstagvormittag und am Mittwochvormittag eine Auslastung der Parkplätze gebe. Dem widerspricht Herr Schlaghecken aus aktueller eigener Erfahrung. Die Kunden des Marktes seien zum Teil wegen der Überlastung der Parkplätze gehalten, weiterzufahren.

Herr Schmidt führt ergänzend zu dem Beitrag von Frau Schundau aus, dass er die Position des Parkdecks Schnabelsmühle für hervorragend halte, es müsse aber durch eine optimierte Ampelschaltung für eine durchgängige Überquerung für Fußgänger zum Rathaus gesorgt werden. Auch die Verkehrsführung vom Driescher Kreuz kommend halte er für falsch.

Herr Schmickler weist noch darauf hin, dass hinsichtlich Wegelängen und Wegezeiten auch unter Einbeziehung von Wartezeiten an Ampeln das Parkdeck Schnabelsmühle durchaus auch im Vergleich zur Buchmühle konkurrenzfähig sei. Durch Wegfall der „psychologischen Barriere“ der Pflanzungen und der Betonbauwerke könne das Parkdeck Schnabelsmühle attraktiver gemacht werden. Sicher seien heute sinnvolle Vorschläge gemacht worden, wie Fahrradabstellmöglichkeiten, Wendeanlagen, und das Heranführen des Konrad-Adenauer-Platzes, die gerne weiter untersucht werden könnten, aber letztlich auch aus städtischen Mitteln finanziert werden müssten.

Zum Einwand Frau Schundau führt Herr Schmickler abschließend aus, dass nach seiner Auffassung durch die Verwirklichung der Kernbestandteile der Regionaleplanung die Zahl der Bäume in der Stadtmitte zukünftig größer und die Wachstumsbedingungen besser seien als heute.

Die von Seiten der SPD-Fraktion beantragte Änderung des Beschlusstextes zu Ziffer 2 wird bei einer Gegenstimme der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB) **mehrheitlich beschlossen**:

2.) Der Ausschuss nimmt den dargestellten Sachstand zu den Parkierungseinrichtungen für den östlichen Bereich der Stadtmitte zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die begonnenen Untersuchungen und Planungen fortzusetzen **und in der nächsten Ausschusssitzung erneut zur Beschlussfassung vorzulegen.**

Die Ausschussmitglieder fassen abschließend bei zwei Gegenstimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und einer Gegenstimme der Fraktion DIE LINKE. /mit BfBB) **mehrheitlich folgenden Beschluss**:

1.) Der Ausschuss für Stadtentwicklung, demographischen Wandel, soziale Sicherung, Integration und Gleichstellung von Frau und Mann nimmt die Ergebnisse der Vorplanung für den Umbau und die Umgestaltung der Erschließungsachse Gohrsmühle – Schnabelsmühle – Hauptstraße für den Streckenabschnitt zwischen dem Driescher Kreuz

und der Hauptstraße - Höhe Gnadenkirche zur Kenntnis. Die Ausführung wird bis auf weiteres ausgesetzt.

- 2.) Der Ausschuss nimmt den dargestellten Sachstand zu den Parkierungseinrichtungen für den östlichen Bereich der Stadtmitte zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die begonnenen Untersuchungen und Planungen fortzusetzen **und in der nächsten Ausschusssitzung erneut zur Beschlussfassung vorzulegen.**
- 3.) Die Verwaltung wird beauftragt, das vorgelegte konsolidierte Investitionsprogramm mit dem damit verbundenen Einsatz investiver Mittel für die anstehenden Umsetzungsmaßnahmen sowie die planerische Weiterqualifizierung im Sanierungsgebiet, die Beteiligung der Akteure sowie die Rahmenplanung fortzusetzen.

8. Regionale 2010 - Projekt RegioGrün "Entlang der Strunde"
0193/2010

Herr Schmickler weist darauf hin, dass eine Gebietsfestlegung als Stadtumbaugebiet die Voraussetzung für den Erhalt der Förderung sei.

Frau Schundau drückt ihre Zufriedenheit darüber aus, dass der Johannesplatz umgebaut werden solle. Auf ihre ergänzenden Anfragen berichtet Herr Schmickler, der Bereich des Johannesplatzes sei seinerzeit aus finanziellen aus dem Förderantrag herausgenommen worden, weshalb auch der Abschnitt zwischen Cederwaldstraße und Richard-Zanders-Straße nicht mehr Teil des Regionalplanes sei, ungeachtet einer langfristig möglichen Umgestaltung im Rahmen städtebaulicher Planungen. Der Johannesplatz sei Teil des Campus Gronau, aber nicht des Regionalförderantrages.

Herr Dr. Bernhauser begrüßt für seine Fraktion außerordentlich, dass das Projekt RegioGrün im Rahmen der Regionalen in einer abgespeckten, aber dennoch attraktiven Form von der Verwaltung weiter verfolgt werde. Mit relativ geringem städtischem Kostenaufwand passiere eine große Aufwertung durch dieses Projekt.

Die Ausschussmitglieder fassen gemäß dem Vorschlag der Verwaltung einstimmig folgenden **Beschluss:**

Der ASSG legt die Flächen für die Projektbausteine „Pulvermühle“, Infrastrukturmaßnahme Eulenburg - Gut Schiff“, „Parkband Campus Gronau“ und „Herrenstrunden“ gemäß beigefügten Umgrenzungen nach §§ 171 b Baugesetzbuch als Stadtumbaugebiet fest.

9. Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 09.11.2009 zur Offenlegung der Pläne für die Umgestaltung der Stadtmitte von Bergisch Gladbach während der Büroöffnungszeiten der Stadtverwaltung
0191/2010

Frau Holtzmann bedankt sich für die auf ihren Wunsch erfolgte positive Stellungnahme der Verwaltung.

10. Finanzplanung 2010
- Unterstützungsantrag der Caritas

0119/2010

Frau Münzer gibt ergänzende Informationen zum Inhalt der Vorlage, die bereits im Integrationsrat beraten und entschieden worden sei. Es handele sich um einen Antrag auf Unterstützung der Caritas in Höhe von 500 € für die interkulturellen Wochen sowie in Höhe von 2.500 € für ein neues Projekt „Hilfe für Migrantenkinder an Grundschulen“, das schon durch den Integrationsratbeirat ins Leben gerufen wurde.

Herr Dr. Bernhauser berichtet ergänzend, dass beide Summen aus dem Etat des Integrationsrates genommen werden und früher im Hauptausschuss beschlossen wurden. Nun falle der Beschluss in die Zuständigkeit des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann. Die Zustimmung zur Beschlussfassung des Integrationsrates zeuge vom Respekt vor der Mitwirkung der Bürgerschaft.

Der Beschlussfassung des Integrationsrates folgend fasst der Ausschuss einstimmig folgenden **Beschluss:**

- 1. Dem Antrag des Caritasverbands für den Rheinisch-Bergischen Kreis e.V. auf einen Zuschuss in Höhe von 500 € wird zugestimmt.**
- 2. Der Antrag Herrn Farbers, für das Projekt „Hilfe für Migrantenkinder an Grundschulen“ 2.500 € vorzusehen, wird angenommen.**

11. Vorschlag für die Bestellung von Mitgliedern des Integrationsrates in die Ausschüsse
0113/2010

Die Ausschussmitglieder nehmen den Inhalt der Vorlage zur Kenntnis.

Der Beschlussfassung des Integrationsrates folgend fasst der Ausschuss einstimmig folgenden **Beschluss:**

Folgende Mitglieder des Integrationsrates werden bestellt:

Herr Adjano als beratendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss und Herr Kalkan als sein Stellvertreter

Herr Karakus als beratendes Mitglied in den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr und Herr Schütz als sein Stellvertreter

Frau Kara als beratendes Mitglied in den Planungsausschuss und Herr Kalkan als ihr Stellvertreter

Herr Iyilik als beratendes Mitglied in den Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann und Herr Cromme als sein Stellvertreter

Herr Basyigit als beratendes Mitglied in den Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport und Herr Adjano als sein Stellvertreter.

12. Entsendung von Mitgliedern des Beirates für die Belange von Menschen mit

Behinderungen in verschiedene Ausschüsse

0159/2010

Die Ausschussmitglieder nehmen den Inhalt der Vorlage zur Kenntnis.

Dem Vorschlag der Verwaltung folgend fassen die Ausschussmitglieder einstimmig folgenden **Beschluss**:

- 1. Frau Claudia Breuer-Piske wird zum Mitglied mit beratender Stimme des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport bestellt.**
- 2. Frau Regina Eberhardt wird zum Mitglied mit beratender Stimme des Planungsausschusses bestellt.**

13. Anträge der Fraktionen

Die Vorsitzende weist auf den angekündigten und von Herrn Dr. Bernhauser vorab erläuterten Antrag der CDU-Fraktion hin, im Rahmen der Sanierung der Fußgängerzone die Pflasterung am Konrad-Adenauer-Platz bis an das Rathaus heranzuführen. Der Antrag werde auf die Tagesordnung der kommenden Sitzung gesetzt.

14. Anfragen der Ausschussmitglieder

Auf Anfrage von Herrn Schlaghecken berichtet Herr Schmickler, dass nach der zu erwartenden Entscheidung zur Sanierung der Fußgängerzone zu überlegen sei, wie mit den nicht zu erneuernden Bereichen, im Wesentlichen dem Konrad-Adenauer-Platz, umgegangen werde. Voraussichtlich gebe es aber nur die Möglichkeit des Ausflickens von Teilflächen durch Pflaster oder den zurzeit verwendeten Kaltasphalt. Er greife aber Herrn Schlagheckens Anregung, eine optisch ansprechendere Lösung zu finden, auf.

Herr Dr. Bernhauser bedankt sich für die Initiative der Verwaltung, mit Hilfe von Baumspenden 18 Linden auf der Körtener Straße zwischen Herrenstrunden und Spitze zu pflanzen. Der Anklang dieser Maßnahme sei so groß gewesen, dass sogar noch ein Spendenbetrag für die erste Zeit der Pflege übrig sei. Er begrüße es, wenn es in Zukunft weitere solcher für Ökologie und Landschaftsbild positiven Initiativen gebe.

Frau Kreft weist zu den unter TOP 6 diskutierten Druckkosten darauf hin, dass Internetdruckereien teilweise hervorragende Qualität zu einem wesentlichen günstigeren Preis anbieten.

Die Vorsitzende wünscht den Bürgerinnen und Bürgern einen guten Abend, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19.20 Uhr und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

gez.
Ausschussvorsitzende

gez.
Schriftführung